

Protokoll der 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.11.2014 - öffentlicher Teil

Datum: 18.11.2014

Zeit: 17:00 Uhr – 17:45 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Herr Frank Bretsch SPD/BVB

Herr Christian Hartphiel SPD/BVB

Herr Uwe Neumann SPD/BVB

Vertretung für Herrn Burkhard
Fleischmann

CDU-Fraktion

Herr Andreas Meyer CDU

Herr Andreas Sommerschuh CDU

Vertretung für Herrn Volkhard
Maaß

Fraktion DIE LINKE

Frau Madlen Bismar DIE LINKE

Frau Evelin Wenzel DIE LINKE

Fraktion FDP/AfD

Herr Gerd Regler FDP/AfD

Weitere stimmberechtigte Mitglieder

Frau Jutta Frank AWO Kreisverband Uckermark
e.V.

Herr Gerd Henselin Gemeinnützige Gesellschaft zur
Förderung Brandenburger Kinder
und Jugendlicher mbH

Frau Susann Höft Angermünder Bildungswerk e.V.

Herr Reinhard Mahnke Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.

Frau Sylvia Konang Kreissportjugend Uckermark

Beratende Mitglieder

Herr Frank Fillbrunn 2. Beigeordneter

Herr Matthias Genschow Amtsleiter Jugendamt

Frau Ute Armenat	Gleichstellungs-, Behinderten- und Seniorenbeauftragte
Herr Roland Klatt	Staatliches Schulamt
Frau Susanne Krasemann	Gesundheits- und Veterinäramt
Frau Anja Weckert	Bundesagentur für Arbeit (Träger SGB III)
Herr Torsten Gärtner	Kreisrat der Eltern
Herr Stefan Schulz-Günther	Kreisrat der Lehrkräfte
Frau Sandra Urland	Polizeibehörde
Herr Holger Schubert	Evangelische Kirche

Verwaltung

Herr Bernd Brandenburg	3. Beigeordneter
Frau Anke Dürre	Stellv. Amtsleiterin – Amt für Finanzen und Beteiligungsmanagement
Herr Heiko Stäck	Jugendamt / SGL Jugendförderung / Kita

Schriftführer

Herr Wolfgang Gerhardt	Büro des Landrates / Kreistagsbüro
------------------------	---------------------------------------

Gäste

Herr Wolfgang Seyfried	SPD/BVB	Vorsitzender des Kreistages
Herr Josef Menke	CDU	
Frau Irene Hummel		

Abwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Herr Burkhard Fleischmann	SPD/BVB	entschuldigt
---------------------------	---------	--------------

CDU-Fraktion

Herr Dr. Hans-Otto Gerlach	CDU	entschuldigt
Herr Volkhard Maaß	CDU	entschuldigt

Weitere stimmberechtigte Mitglieder

Frau Sigrid Jordan-Nimsch	EJF gemeinnützige AG DSPZ "Am Talsand" Schwedt/Oder	entschuldigt
---------------------------	--	--------------

Beratende Mitglieder

Herr Dietmar Schulze	Landrat	entschuldigt
Frau Heike Hellwig-Kluge	Kreissportbund Uckermark	entschuldigt
Herr Roger Schippers	Amtsgericht Prenzlau	

Frau Resi Achterberg Kreisrat der Schülerinnen und
 Schüler
 Herr Bernhard Kohnke Katholische Kirche

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Bretsch begrüßt die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, die weiteren Mitarbeiter der Kreisverwaltung sowie alle Gäste. Er stellt fest, dass 13 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses anwesend sind und der Jugendhilfeausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Bretsch teilt mit, dass die Tagesordnung den Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Aufnahme in die Tagesordnung

zu TOP 2.1.1: Berufung einer sachkundigen Einwohnerin als beratendes Mitglied im JHA AN/189/2014

Herr Bretsch teilt mit, dass ihm mit DS-Nr.: AN/189/2014 noch ein Antrag der CDU-Fraktion zugegangen ist, der in der Sitzung des JHA am 18.11.2014 behandelt werden soll. Da dieser Antrag nicht fristgemäß eingegangen ist, hat der JHA über die Aufnahme dieses Antrages in die heutige Tagesordnung abzustimmen. Aus Gründen einer sachlichen Auseinandersetzung mit diesem Antrag plädiert Herr Bretsch dafür, den Antrag in die heutige Tagesordnung aufzunehmen, um dann bei der Behandlung des Antrages die weitere Schritte abzustimmen.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der so ergänzten Tagesordnung – öffentlicher Teil zu.

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Aufnahme in die Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (5. Wahlperiode) am 14.10.2014 - öffentlicher Teil
4. Entwurf der Haushaltssatzung 2015/2016 und des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 - 2019
 BV/155/2014
5. Informationen
 - 5.1 Stand der Kindeswohlgefährdungen im Landkreis Uckermark
6. Einwohnerfragestunde
7. Anfragen
8. Anträge
 - 8.1 Berufung einer sachkundigen Einwohnerin als beratendes Mitglied im JHA
 AN/189/2014

zu TOP 3: Bestätigung des Protokolls der 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (5. Wahlperiode) am 14.10.2014 - öffentlicher Teil

Herr Bretsch stellt fest, dass innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände gegen das Protokoll der 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (5. Wahlperiode) am 14.10.2014 – öffentlicher Teil eingegangen sind und das Protokoll damit als bestätigt gilt.

**zu TOP 4: Entwurf der Haushaltssatzung 2015/2016 und des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 - 2019
Vorlage: BV/155/2014**

Herr Brandenburg informiert, dass in allen Fraktionen des Kreistages Haushaltsklausuren stattgefunden haben, in denen die Verwaltung bereits den Entwurf der Haushaltssatzung 2015/2016 und des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 – 2019 erläutert hat. Er nimmt anhand einer PowerPoint-Präsentation zu den Schwerpunkten des Haushalts 2015/2016 und des Haushaltssicherungskonzeptes 2013-2016 Stellung. Er informiert u. a. über den Ergebnisbericht 2011 – 2014, die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen und der Kreisumlage und gibt einen Überblick über die Sozialausgaben pro Einwohner und den Zuschuss des Landkreises. Anschließend geht Herr Brandenburg aus haushalterischer Sicht speziell auf die Aufgaben des Jugendamtsbereiches ein.

Herr Bretsch beantragt Rederecht für die als Gäste anwesenden Kreistagsabgeordneten Herrn Seyfried und Herrn Menke, damit diese sich bei Bedarf an der Diskussion zum Entwurf der Haushaltssatzung 2015/2016 und des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 – 2019 beteiligen können.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmen dem Rederecht für Herrn Seyfried und Herrn Menke zu.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Herr Gärtner möchte wissen, wie sich die vom Kreistag beschlossene Abschaffung der Elternbeiträge an den Schülerbeförderungskosten im Entwurf des Haushalts 2015/16 widerspiegelt.

Herr Brandenburg nimmt hierzu Stellung und weist u. a. darauf hin, dass die neue Schülerbeförderungssatzung erst mit dem Schuljahr 2015/2016 in Kraft tritt und sich erst ab diesem Zeitpunkt die Abschaffung der Elternbeiträge auf den Haushalt des Landkreises in Form von Mindererträgen auswirkt.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, die Beschlussvorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 5: Informationen

Herr Bretsch kündigt an, zusätzlich noch über Angebot zur Qualifizierung und Stärkung kommunaler Jugendhilfeausschüsse zu informieren.

zu TOP 5.1: Stand der Kindeswohlgefährdungen im Landkreis Uckermark

Herr Genschow informiert über den aktuellen Stand der Kindeswohlgefährdungen im Landkreis Uckermark. Er teilt mit, dass mit Stand vom 17.11.2014 insgesamt 261 Meldungen zu Kindeswohlgefährdungen im Jugendamt des Landkreises eingegangen sind, von denen 138 Meldungen als Kindeswohlgefährdungen identifiziert wurden und 104 Meldungen keine Kindeswohlgefährdungen ergeben haben. Herr Genschow merkt an, dass sich 19 Hinweise zurzeit noch in der Bearbeitung hinsichtlich der Gefährdungseinschätzung befinden.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den aktuellen Stand der Kindeswohlgefährdungen im Landkreis Uckermark zur Kenntnis.

Herr Bretsch informiert noch darüber, dass er ein kostenfreies Angebot zur Qualifizierung und Stärkung kommunaler Jugendhilfeausschüsse vom Paritätischen Landesverband Brandenburg e. V. erhalten hat. Er plädiert angesichts der Neubildung des Jugendhilfeausschusses zu Beginn der neuen Wahlperiode und insbesondere im Interesse der Schulung neuer Mitglieder des Jugendhilfeausschusses für eine Annahme dieses Angebotes.

Herr Bretsch schlägt von mehreren möglichen Terminen den 13.01.2015 vor, da an diesem Tag gleichzeitig auch die Sitzung des Jugendhilfeausschusses geplant ist. Er hält es für sinnvoll, die Schulung um 15:00 Uhr und anschließend die Sitzung des Jugendhilfeausschusses, beginnend um ca. 17:30 Uhr, durchzuführen.

Da der Vorschlag auch die Zustimmung der übrigen Ausschussmitglieder findet, wird Herr Bretsch die erforderlichen Absprachen zur Vorbereitung der Schulung am 13.01.2015 treffen.

zu TOP 6: Einwohnerfragestunde

Frau Irene Hummel meldet sich als Vertreterin der Pflegeeltern im Landkreis zu Wort. Sie berichtet u. a. darüber, dass sich Pflegeeltern bei ihr beschwert hätten, dass ihnen zum Teil keine Ansprechpartner im Jugendamt bekannt seien oder diese ständig wechselten. Aus diesem Grund seien die Pflegeeltern der Auffassung, dass sie alleine klar kommen müssten und keine Hilfe mehr vom Jugendamt zu erwarten hätten. Des Weiteren sei ihr ein Fall bekannt gemacht worden, wo ein Pflegekind durch Mitarbeiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) regelrecht traumatisiert worden sei, weil es zwei neue Sozialarbeiter ohne Beisein der Pflegemutter „verhört“ hätten.

Nach dem Frau Hummel weitere Anschuldigungen gegenüber den Mitarbeitern des ASD vorgetragen hat, bricht Herr Bretsch die Wortmeldung von Frau Hummel ab. Er weist darauf hin, dass es beim vorliegenden Tagesordnungspunkt um Einwohnerfragen geht und nicht darum, die Arbeit von Mitarbeitern öffentlich zu bewerten. Des Weiteren möchte Herr Bretsch von Frau Hummel wissen, warum sie mit diesen Hinweisen bis zur heutigen Ausschusssitzung gewartet hat. Herr Bretsch weist darauf hin, dass der Ausschussvorsitzende und jedes weitere Mitglied des JHA berechtigt sind, derartige Probleme entgegen zu nehmen und einer Klärung zuzuführen. Dazu bedarf es nicht des Effektes des öffentlichen Vortrages im Rahmen einer Einwohnerfragestunde, die für andere Zwecke gedacht ist. Herr Bretsch teilt mit, dass er kein Verständnis dafür hat, dass die Einwohnerfragestunde zu einem Statement miss-

braucht wird. Er bittet deshalb Frau Hummel, ihren Redebeitrag jetzt abzurechnen und die von ihr vorgetragenen Angelegenheiten schriftlich einzureichen und ihm zu übergeben mit der Zusage, dass sie geklärt werden. Herr Bretsch weist Frau Hummel darauf hin, sich auf die Möglichkeit der schriftlichen Beschwerde oder des schriftlichen Hinweises zu beschränken und dieses auch durchzuführen. Abschließend weist er noch darauf hin, dass der JHA als einziger Ausschuss in den Kommunalvertretungen Teil der Verwaltung ist und er es nicht zulassen wird, dass im JHA ein Teil der Verwaltung durch den anderen Teil öffentlich angegriffen wird. Er bittet Frau Hummel darum, die bereits genannten offiziellen Möglichkeiten zu nutzen und erst dann wieder JHA nachzufragen, wenn ihr auf diesem Wege nicht geholfen wurde.

zu TOP 7: Anfragen

Herr Bretsch teilt mit, dass keine Anfragen vorliegen.

zu TOP 8: Anträge

zu TOP 8.1: Berufung einer sachkundigen Einwohnerin als beratendes Mitglied im JHA AN/189/2014

Herr Bretsch nimmt zum vorliegenden Antrag Stellung und bittet den Einreicher, seinen Antrag, so wie er dem Inhalt und der Begründung nach gestellt ist, zurückzuziehen. Er merkt an, dass er den Antrag zwar nicht für falsch hält, ihm jedoch andere Schritte voran gehen müssten.

Unabhängig davon weist Herr Bretsch den Einreicher des Antrages auf eine offensichtliche Unrichtigkeit in der Formulierung des Antrages hin. Danach lautet die Rechtsgrundlage für den Antrag nicht „§ 3 Abs. 6 Satzung des JHA“, sondern „§ 3 Abs. 6 Satzung für das Jugendamt des Landkreises Uckermark“.

Mit Bezug auf § 3 Abs. 6 der Satzung für das Jugendamt des Landkreises Uckermark weist Herr Bretsch darauf hin, dass es sich bei der Berufung von sachkundigen Frauen und Männern als beratende Mitglieder für den JHA um eine „Kann-Bestimmung“ handelt, nach der der JHA durch Beschluss *bis zu 5* weitere beratende Mitglieder als sachkundige Frauen und Männer des JHA berufen *kann*. Es fehlt somit zunächst ein notwendiger Grundsatzbeschluss darüber, ob und falls ja in welcher Anzahl weitere beratende Mitglieder als sachkundige Frauen und Männer des JHA berufen werden sollen.

Da noch keine grundsätzliche Verständigung darüber im JHA erfolgt ist und sich die Fraktionen auch noch nicht über die mögliche Anzahl weiterer beratender Mitglieder als sachkundige Frauen und Männer verständigt haben, bittet Herr Bretsch den Einreicher des Antrages AN/189/2014, seinen Antrag heute zurückzuziehen und nach entsprechender grundsätzlicher Verständigung im JHA gegebenenfalls einen neuen Antrag einzureichen.

Herr Bretsch schlägt zur weiteren Verfahrensweise die Vorbereitung eines entsprechenden Grundsatzbeschlusses vor.

Die konkrete namentliche Benennung der weiteren beratenden Mitglieder als sachkundige Frauen und Männer erfolgt dann durch die Fraktionen im Rahmen

ihres Vorschlagsrechts (Verfahren nach Hare-Niemeyer) und Bestätigung durch den Jugendhilfeausschuss im Rahmen eines deklaratorischen Beschlusses.

Herr Bretsch stellt folgenden Antrag:

„Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass die Fraktionen ein Statement in Vorbereitung des nächsten Jugendhilfeausschusses abgeben, wie sie grundsätzlich zum Thema sachkundige Einwohner im Jugendhilfeausschuss stehen und wie viele in Summe (maximal 5) sie vorschlagen würden.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

*(Der Antrag wurde im Nachgang zur Sitzung als DS-Nr.: **AN/193/2014** registriert.)*

Herr Bretsch weist neben der formalen noch auf eine inhaltliche Problematik hin, die sich aus § 71 SGB VIII (Träger der Jugendhilfe, Zusammenarbeit Jugendhilfeausschuss – Landesjugendhilfeausschuss) ergibt. Er bittet alle Vertreter der Fraktionen in ihre Überlegungen mit einfließen zu lassen, dass der Jugendhilfeausschuss darauf angewiesen ist, in seinen Reihen Mitglieder zu haben, die in der Jugendhilfe erfahren sind und immer auch der Aspekt einer möglichen Befangenheit einzelner Mitglieder bei den Entscheidungen des JHA zu beachten ist. Herr Bretsch nimmt anschließend Bezug auf S. 673 des Frankfurter Kommentars, wo formuliert ist, wann eine Befangenheit einzelner Ausschussmitglieder vorliegt.

Herr Meyer zieht den Antrag AN/189/2014 (Berufung einer sachkundigen Einwohnerin als beratendes Mitglied im JHA) im Namen der CDU-Fraktion zurück.

zur Kenntnis genommen:

gez. Frank Bretsch
Ausschussvorsitzender

gez. Dietmar Schulze
Landrat

gez. Wolfgang Gerhardt
Schriftführer